

Heike Holdinghausen

Der Kampf um den Artenschutz: Die Wildnis als Störfall?

Im Winter, wenn das Gras wieder knapp wird, werden die Wisente im Wittgensteiner Rothargebirge Rinde fressen – und damit den Zorn der Waldbesitzer auf sich ziehen. Einst bewohnten die riesigen zottigen Wildrinder Europas Wälder, doch das ist lange her. In Westeuropa ist das mächtige Rind seit 1000 Jahren ausgestorben, in Mitteleuropa seit etwa 500 Jahren. Im Osten – in Polen, Rumänien, dem Kaukasus – konnte es sich länger halten, bis es auch dort verschwand. Heute lebt es in Osteuropa wieder, als Rückzüchtung aus nur zwölf Exemplaren.

Die genetische Basis ist eng, der Erhalt der Art deshalb ungewiss. Ein europäisches Netzwerk engagierter Enthusiasten – Mitarbeiter von Zoos, Nationalparks, Naturschutzverbänden und Freiwillige – setzt sich für sie ein. Es organisiert den kostspieligen Transport von Bullen quer durch Europa in neue Herden, um weitere Inzucht zu vermeiden. Es versucht, die Bevölkerung über Wisente aufzuklären, Begeisterung für sie zu wecken und neue Lebensräume für sie zu finden. Doch das ist schwer. Wisente sind zwar nicht aggressiv, aber stark und wehrhaft. Und, was vor allem Widerstand auslöst: Im Winter schälen sie auf der Suche nach Nahrung die Rinde von Buchen oder Eichen. Die Bäume verkrüppeln, zeigen Narben, wachsen schief. Das stört zwar die Bäume nicht, aber Waldbesitzerinnen und Försterinnen, auch wenn sie sich der nachhaltigen Forstwirtschaft verschrieben haben. Denn: Schiefe, vernarbte Bäume sind weniger wert.

Nachhaltigkeit im Forst bedeutet heute: Es werden immer so viele wert-

volle Bäume geerntet wie nachwachsen können. Durch kluge Wirtschaft sorgen Försterinnen dafür, dass die Bäume hoch, gesund und gerade zu Bau- oder Möbelholz heranwachsen. Dann ist der Forst für die Besitzerinnen – seien das Kommunen, der Bund, Bauern oder adelige Familien – eine grüne Sparkasse. In dieser gut gepflegten Geldanlage haben Wisente keinen Platz. Gerade erst ist hierzulande ein Projekt gescheitert, in dem sich die Rinder Lebensraum zurückerobern sollten, mitten in einer industriellen Kernregion Europas, in Nordrhein-Westfalen: Nach zehn Jahren Widerstand und Gerichtsprozessen von Waldbauern hat sich der Trägerverein der Wisente aus dem Projekt zurückgezogen.

Natur- und Artenschutz: Alles andere als konfliktfrei

Das gescheiterte Wisent-Projekt ist wie ein Kaleidoskop, in dem sich Möglichkeiten, Wunschträume und Probleme von Natur- und Artenschutz in Deutschland schütteln und in immer neuer Zusammensetzung betrachten lassen. Naturschützer nennen die Rinder eine charismatische Art, wie Tiger in Indien oder Elefanten in Afrika, urwüchsig und wild. Sie werben mit dem Schutz solcher Arten, weil sie Emotionen bei den Menschen wecken. Sie sollen die Rolle der Zugpferde übernehmen, die den Karren des Biotopschutzes ziehen. Wer Elefanten schützt, schützt die Savanne, wer Tiger rettet, erhält den Regenwald – und damit

Lebensräume für eine Unzahl anderer, unscheinbarer Pflanzen und Tiere.

Wisente könnten diese Aufgabe in den Forsten des Rothaargebirges übernehmen und etwas Wildnis zurückbringen in die Fichten- und Buchenplantagen, die den mit dem Klimawandel einhergehenden Stürmen, der Hitze und den Borkenkäfern zunehmend nicht mehr gewachsen sind. Wenn sich die Wisente etablieren, wird der Forst wieder mehr zum Wald. Das ist der Wunschtraum. Doch für die Waldbauern ergibt sich ein anderes Bild: Die Rinder gefährden die Finanzplanung ihrer Betriebe, die Tiere drohen sie vom rentablen Forstbetrieb zum Empfänger von Entschädigungsgeld zu verwandeln. Für die Waldbauern sind Wisentherden daher kein Gewinn, sondern eine Bedrohung.

Von Wittgenstein nach Montreal

Und die Bevölkerung? Sie brachte den Tieren Unterstützung und Wohlwollen entgegen, begegnete ihnen aber auch mit Furcht und Ablehnung. Es lässt sich, wo Wisentkälber leben, nicht mehr so unbedarft mit dem Hund durch den Wald streifen, wie wir es mittlerweile gewohnt sind. Der Wald ist heute kein Ort mehr, an dem wir Gefahren erwarten, sondern allein Entspannung – anders als im Straßenverkehr der Städte. Und so schob sich das Wisent-Kaleidoskop am Ende zu der einen Frage zusammen: Warum sollen wir diese großen, starken Tiere in unserer Kulturlandschaft ertragen? Die Frage war größer als die Antwort, und so sieht es derzeit nicht danach aus, als ob die streng geschützten Tiere im Rothaargebirge eine Zukunft hätten. Niemand weiß, was mit den rund 20 Tieren geschehen wird.

Das Wisent-Projekt in Wittgenstein ist nicht typisch für den Artenschutz, wie er heute in Deutschland praktiziert wird. Selbst Umweltverbände kritisieren hinter vorgehaltener Hand ein

schlechtes Management, die unzureichende Kommunikation mit der Bevölkerung und zweifeln seine Sinnhaftigkeit in der dicht besiedelten Region an. Übrig bleibt die Erkenntnis, wie unglaublich schwierig der Interessenausgleich zwischen Mensch und Natur ist.

Diese Erkenntnis führt uns direkt von Wittgenstein nach Montreal, wo Mitte Dezember die wichtigste UN-Konferenz des Jahres stattfindet, wichtiger als die Klimakonferenz in Ägypten: Die 196 Vertragsstaaten des „Übereinkommens über die biologische Vielfalt“ (Convention on Biological Diversity, CBD) verhandeln einen neuen Rahmenvertrag, um die belebte Natur zu schützen, ihre nachhaltige Nutzung zu definieren und zu regeln, wer an ihrem Reichtum verdienen darf. (Die USA sind übrigens nicht dabei, Russland und China schon). Während in Scharm el-Scheich gerungen wurde, wie der Klima-Rahmenvertrag umgesetzt wird, wird er in Montreal neu geschrieben

Der alte Vertrag war vor zwei Jahren ausgelaufen und sollte eigentlich 2020 im südchinesischen Kuning neu verhandelt werden, doch wegen der Coronapandemie wurden alle Konferenzen immer wieder verschoben oder, zur Frustration der Beteiligten, ins Digitale verlegt. Die Präsidentschaft Chinas ist geblieben, als neuer Verhandlungsort aber ist Montreal bestimmt, der Sitz der CBD. Montreal, so die Hoffnung, solle das Momentum für den Schutz der Biodiversität schaffen, das Paris für den Klimaschutz bedeutet hat – der Durchbruch für ernsthafte globale Anstrengungen, zumindest auf Ebene der Verträge.

Denn die für uns alle so wichtige Biodiversität – Vielfalt der Arten, Vielfalt der genetischen Ausstattung innerhalb der Arten und Vielfalt der Ökosysteme – ist massiv bedroht. Mit dem Wegfall dieser Vielfalt drohen unfruchtbare Böden, dreckiges Wasser und eine sinkende Resilienz der Natur (deren Teil der Mensch ist!) gegenüber

Krankheiten und Klimaveränderungen. Mehr noch als der Klimawandel ist der Verlust der biologischen Vielfalt Ergebnis und Symbol eines Wirtschaftens, das die Ressourcen des Planeten übernutzt.

Was soll Schutz konkret bedeuten?

Es geht nicht nur darum, Energie-, Mobilitäts- und Wärmesektor auf erneuerbare Energien umzustellen. Es geht um viel mehr: nämlich ums Weniger. Es geht darum, weniger Urwald- und Moorflächen für die Produktion nachwachsender Rohstoffe wie Palmöl, Akazie, Holz oder Soja umzuwandeln und beispielsweise eine ertragreiche Landwirtschaft auf trockengelegten Moorflächen aufzugeben. Es geht darum, weniger Autos, Batterien und Elektrogeräte herzustellen, damit weniger Bergbaugelände in den sensiblen Ökosystemen des südamerikanischen Hochlandes erschlossen werden müssen. Es geht darum, auf Infrastrukturprojekte zu verzichten, um die Lebensräume wandernder Arten nicht zu zerschneiden und zu garantieren, dass sich Populationen mischen können.

Entsprechend zäh gestalteten sich die Vorverhandlungen für einen neuen Vertragstext. Das letzte Treffen vor der „Convention of the Partys“, im Juni in Nairobi, brachte kaum eine Annäherung. Noch immer durchziehen das Schriftstück Hunderte von Klammern, weil sich die Parteien nicht auf Formulierungen einigen konnten.

Unter besonderer Beobachtung stehen zwei Ziele: Zum einen die Absicht, 30 Prozent der Land- und Seefläche unter Schutz zu stellen. Doch was soll Schutz konkret heißen? Wird auf nationalstaatlicher Ebene gemessen oder weltweit? Sollen bedrohte Ökosysteme geschützt werden oder ökologisch bedeutende Gebiete? Werden die Gebiete streng oder vollständig geschützt – und was ist der Unterschied? Das zweite stark diskutierte Ziel bezieht sich auf

den ökonomischen Nutzen der genetischen Vielfalt, es geht um ein „Access and benefit-Sharing“ – also darum, den Zugang zu genetischen Ressourcen zu gewähren und eine gerechte Verteilung des Nutzens daraus zu garantieren.¹

Die Verhandlungskonstellation ist paradox: Die Befürworter eines starken Abkommens sitzen in den Ländern, die ihre eigene Biodiversität schon vor langer Zeit vernichtet haben und sich sehr schwertun, die kläglichen Reste zu bewahren. Der bislang vergebliche Versuch, in Deutschland artenreiche Wiesen vor der Umwandlung in Äcker zu bewahren, zeugt davon. Allerdings sitzt den Delegationen aus den reichen Industrieländern eine starke Umweltbewegung im Nacken, der Naturschutz ein Kernanliegen ist. Zudem puscht sie ein starker Biotechnologiesektor, der auf den freien Zugang zu Informationen über die Genome von Pflanzen und Tieren pocht – und der den Erhalt biologischer (genetischer) Vielfalt als Voraussetzung für sein Geschäftsmodell betrachtet. So strebt die Europäische Union ein Abkommen an, das weltweit Schutzgebiete mit hohen Standards vorsieht sowie ein liberales Regime genetischer Ressourcen.

Nun ist es so, dass die Umweltbewegung im Norden jahrzehntelang ignorierte, dass strenger Naturschutz in armen Ländern häufig die Rechte der Menschen missachtet, die in Einklang mit der Natur leben und in der Regel nicht für ihre Zerstörung verantwortlich sind. Heute denken die zivilgesellschaftlichen Organisationen zwar Naturschutz und Menschenrechte lokaler Bevölkerung zusammen. Und eine neue, junge Generation von Biologen hat erkannt, dass gentechnologischer Fortschritt eine gesellschaftliche Komponente hat und mit Anpassungen im Patent- und Saatgutrecht

1 Convention on Biological Diversity, Report of the Open-ended Working Group on the Post-2020 Global Biodiversity Framework on its Fourth Meeting, www.cbd.int, 21.6.2022, S. 17.

begleitet werden muss. Aber die frühere Missachtung ihrer Anliegen hat bei den Delegationen aus dem Süden Spuren hinterlassen. Vehement fordern sie einen funktionierenden Vorteilsausgleich und die Versicherung, dass sie Herr über ihr Staatsgebiet bleiben. Zu Recht verweisen sie darauf, dass die größte Zerstörung von Regenwäldern, Mooren und Meeren im Zeichen des Konsumrauschs der Bevölkerung der Industrienationen geschieht – und überwiegend dortige Unternehmen an der Zerstörung verdienen.

Der Erfolg der Konferenzverhandlungen in Montreal wird daher vor allem davon abhängen, ob die Industrieländer sich glaubhaft von ihrem kolonialen Erbe trennen, am Ende alle Vertragsparteien in gleicher Weise von dem Abkommen profitieren – und sich in gleicher Weise von ihm einschränken lassen.

Doch was heißt das schon, Erfolg der Verhandlungen? Auch das alte Abkommen mit seinen „Aichi-Zielen“ steckte voller guter Absichten. Wären diese in der japanischen Stadt Aichi beschlossenen Ziele durchgesetzt worden, wäre der Verlust der Biodiversität heute nicht so verheerend. Doch sie bestanden überwiegend nur auf dem Papier. Tiere, Pflanzen und Lebensräume werden vor Ort geschützt, auf der Fläche: Dort, wo ein Wald nicht kahlgeschlagen oder gerodet, wo eine Moorlandschaft wieder unter Wasser gesetzt, eine Savanne nicht mit riesigen Tierherden überweidet wird, wo ein Vogel Platz zum Nisten findet und ein Pilzgeflecht sich ungestört im Boden entwickeln kann – dort gedeiht Biodiversität.

Dieser notwendige Verzicht auf Nutzung kann auf der lokalen Ebene enorme Konfliktpotenziale entfalten. Ohne Leitlinien, ohne einen übergeordneten Rahmen werden sie nicht aufzulösen sein. Darum ist ein guter, neuer Vertrag im Rahmen der CBD nicht nur ein dicker Stapel Papier. Er kann Diskurse lenken, kann vor Ort Artenvielfalt stärken, für Gerechtigkeit sorgen und

mangelhafte Anstrengungen sichtbar machen.

Alles andere als Kavaliersdelikte

Was nun würde ein starker Vertrag für die Wisente bedeuten? Gegen den Willen der Bevölkerung und Landbesitzer könnte er ihre dauerhafte Rückkehr nach NRW nicht erzwingen, das gilt für Naturschutzprojekte weltweit. Aber Wisente schicken sich an anderem Ort an, von selbst nach Deutschland zurückzukehren – zusammen mit Elchen, den Wölfen folgend. Von Osten, von Polen aus, wandern sie nach Westen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie die Grenze nach Deutschland überqueren. Ein erster junger Bulle, der sich 2017 über die Oder traute, wurde sofort geschossen. Schon das war, nach dem strengen europäischen und deutschen Artenschutzgesetz, illegal.

Gäbe es ein globales Abkommen mit Mechanismen, vor denen sich Deutschland mit seinen immer längeren roten Listen verantworten müsste, wäre ein solcher Abschluss kein Kavaliersdelikt mehr. Dann müsste sich die Bundesregierung vor der Vertragsstaatengemeinschaft dafür rechtfertigen, dass kein Platz für eine streng geschützte Art auf ihrem Staatsgebiet ist – deren natürlicher Lebensraum es einst war. Bund, Länder und Gemeinden müssten sich etwas einfallen lassen. Unsere Wahrnehmung von Wildnis als Störfall müsste sich ändern. Wir müssten Wege und Mittel finden, um unsere Ansprüche mit denen von Pflanzen, Tieren und Natur zu vereinbaren. Ein Weg zurück ins Mittelalter wäre es nicht, wenn künftig Wisente wieder die Rinde unserer Buchen schälen dürften. Damals haben wir begonnen, die Tiere zuerst zurückzudrängen und dann auszurotten. Würden wir den Tieren jetzt neben uns Platz machen – dann würden wir den Notwendigkeiten auch unseres Überlebens gerecht werden.